



Brossette/Plagens/Schmidt

Das Autohaus in der Krise und Insolvenz

Reihe: Branchenspezifische Insolvenzen

ZAP-Verlag, LexisNexis Deutschland GmbH

ISBN: 978-3-89655-368-3

518 Seiten (Format DIN A5, broschiert), 58 Euro

Autoren:

RA Uwe Brossette

WP und Stb Peter W. Plagens

unter Mitarbeit von Dipl.-Wirtschaftsjurist (FH) Jens Henke, LL.M.

RA Dr. Dr. Thomas B. Schmidt, Fachanwalt für Insolvenzrecht, Fachanwalt für Arbeitsrecht (zugleich Herausgeber der Reihe)

Gliederung

Teil 1 – Das Autohaus in der Krise

A. Krisenarten und Krisenverlauf

- I. Strategische Krise
- II. Erfolgskrise
- III. Liquiditätskrise

B. Krisensymptome und Krisenvermeidung

C. Krisenerkennung und Krisenanalyse

- I. Beschreibung des Unternehmens bzw. der zu sanierenden Einheit
 1. Unternehmensgeschichte und -entwicklung
 - a) Wie alt ist die Unternehmenseinheit?
 - b) Wo kommt das Unternehmen her?
 - c) Welche Personen stellen Management und Kapitaleigner dar?
 - d) Wird der Betrieb in eigenen oder angemieteten Räumen betrieben?
 2. Rechtliche und steuerliche Grundlagen
 3. Wirtschaftliche Grundlagen
- II. Analyse des Unternehmens und Darstellung der Krisenursachen
 1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen
 2. Branchenbezogene Entwicklung in der Region
 3. Analyse der Unternehmenssituation
 - a) Allgemeines
 - b) Ertragslage
 - aa) Strukturanalyse der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)
 - bb) Cashflow-Betrachtung
 - c) Vermögenslage (Analyse der Aktivposten der Bilanz)
 - d) Finanzlage (Analyse der Passivposten der Bilanz und Kapitalflussrechnung)
 - aa) Die Eigenkapitalquote
 - bb) Rückstellungen
 - cc) Der Verbindlichkeitspiegel
 - dd) Einkaufsfinanzierung im Fahrzeughandel
 - ee) Gesellschafterdarlehen
 - ff) Sonstige Verbindlichkeiten
 - gg) Kapitalflussrechnung
 - hh) Dynamischer Verschuldungsgrad
 - ii) Sonstige Kennzahlen
 4. Sonstige analytische Ansätze zur Darstellung der Krisenursachen

D. Lagebeurteilung

- I. Überprüfung der Überschuldung (§ 19 InsO) in Anlehnung an IDW FAR 1/1996
 1. Grundlagen
 2. Fortbestehensprognose
 3. Überschuldungsbilanz
 - a) Struktur der Handelsbilanz
 - b) Wertansätze im Überschuldungsstatus
 - c) Aktivposten der Bilanz und deren Bewertung
 - d) Passivposten der Bilanz und deren Bewertung

II. Überprüfung der Zahlungsunfähigkeit in Anlehnung an IDW PS 800

1. Grundlagen
2. Definition der Zahlungsunfähigkeit nach § 17 InsO
 - a) Zahlungseinstellung
 - b) Zahlungsstockung
 - c) Zahlungsunfähigkeit
3. Drohende Zahlungsunfähigkeit nach § 18 InsO
4. Finanzstatus und Finanzplan zur Ermittlung der Zahlungsunfähigkeit
 - a) Der Liquiditätsplan
 - b) Finanzstatus und Anfangsbestände
 - c) Laufende Einzahlungen
 - d) Laufende Auszahlungen
5. Beseitigung eventueller Unterdeckungen

E. Sofortmaßnahmen

- I. Sofortmaßnahmen zur Beseitigung der Überschuldung
 1. Leistungswirtschaftliche Maßnahmen
 2. Finanzwirtschaftliche Maßnahmen
- II. Sofortmaßnahmen zur Beseitigung der Zahlungsunfähigkeit
- III. Sonstige Maßnahmen
- IV. Umsetzung und Dokumentation der Sofortmaßnahmen zur Beseitigung der Überschuldung und/oder Zahlungsunfähigkeit

F. Sanierungsmöglichkeiten und/oder Abwicklung/Liquidation außerhalb des Insolvenzverfahrens

- I. Überblick
- II. Sanierungsstrategien
 1. Sanierung außerhalb des Insolvenzverfahrens
 - a) Vorteile der außergerichtlichen („freien“) Sanierung
 - b) Nachteile der außergerichtlichen („freien“) Sanierung
 2. Sanierung im Insolvenzverfahren
 3. Abwicklung/Liquidation als (ergänzende) Alternative
 4. Kombinationsmodelle/Sonderfälle
- III. Strategische Neuausrichtung durch Ableitung/Entwicklung eines neuen Leitbildes des sanierten Unternehmens
 1. Neuformulierung des Unternehmensleitbildes
 2. Tätigkeitsgebiete und Marktstrategien
 - a) Die Strategie der Kostenführerschaft
 - b) Strategie der Differenzierung
 - c) Strategie der Konzentration auf Schwerpunkte/Marktnischen
 - d) Produkt-Markt-Portfolio-Analyse nach Ansoff
 3. Neuausrichtung der Betriebsfunktionen
 - a) Produktbezogene Erfolgspotenziale
 - b) Markt- und kundenbezogene Erfolgspotenziale
 - c) Funktionale Erfolgspotenziale
- IV. Künftige gesellschaftsrechtliche Struktur

1. Sanierung unter Einbeziehung des bestehenden Rechtsträgers (Sanierungsgesellschaft)
 2. Sanierung unter Einbeziehung eines neuen Rechtsträgers (Betriebsübernahmegesellschaft)
- V. Künftige Beziehungen zu Kapitalgebern
1. Eigenkapitalzufuhr
 2. Fremdkapitalzufuhr
 3. Sonstige Beteiligte

G. Darstellung der Sanierungsmaßnahmen

- I. Ausgangspunkte: Leitbild des sanierten Unternehmens und Sanierungsstrategie
- II. Überblick über die Sanierungsmaßnahmen und methodische Vorgehensweise
- III. Konstitutive rechtliche und organisatorische Maßnahmen
 1. Rechtliche Maßnahmen
 2. Organisatorische Maßnahmen
- IV. Leistungswirtschaftliche Maßnahmen
 1. Leistungsbereiche eines Autohauses
 - a) Neuwagenverkauf
 - b) Gebrauchtwagenverkauf
 - c) Vorführwagen
 - d) Geschäftsfahrzeuge/Mietfahrzeuge/Sonstige Fahrzeuge
 - e) Ersatzteile-Lager (Teiledienst)
 - f) Kundendienst
 - g) Finanzdienstleistungen
 - h) Sonstige Leistungseinheiten
 2. Verwaltung und Informationsversorgung
 - a) Überprüfung der Raumkosten
 - b) Kfz- und Fuhrparkkosten
 - c) Reduzierung der Telefon-, Kommunikations- und EDV-Kosten
 - d) Reduzierung der Kosten für Werbung und Marketing
 - e) Reduzierung der Verwaltungskosten
 - f) Reduzierung sonstiger Kosten
 3. Personalbereich
 4. Management und Organisation
- V. Finanzwirtschaftliche Sanierungsmaßnahmen
 1. Maßnahmen des Unternehmens
 - a) Qualifizierter Rangrücktritt/Forderungsverzicht
 - b) Verzicht auf Pensionszusagen
 - c) Einziehung von ausstehenden Einlagen und aktiven Gesellschafterdarlehen
 - d) Verkauf nicht benötigter Vermögensgegenstände
 - e) Ausgliederung von Verbindlichkeiten durch Übernahme in das „Privatvermögen“
 - f) Aufdeckung stiller Reserven durch Umwandlungsvorgänge
 2. Maßnahmen der Anteilseigner
 - a) Kapitalerhöhung/Nachsüsse
 - b) Hingabe von Gesellschafterdarlehen
 3. Maßnahmen der Gläubigerbanken
 - a) Umschuldung

- b) „Rücknahme/Einfrieren“ von Kreditkündigungen
- c) Tilgungsstreckung/Sanierungszinssatz
- d) Rangrücktritte/Forderungsverzichte
- e) Neue Kredite und Sanierungshilfen
- f) Debt Equity Swap und faktische Geschäftsführung
- 4. Maßnahmen der Lieferantengläubiger (insbes. Hersteller)
- 5. Maßnahmen der übrigen Gläubiger
- 6. Steuerliche Optimierung
 - a) Verlustnutzung gem. § 8c KStG und Mindestbesteuerung
 - b) Forderungsverzichte und Rangrücktritt
 - c) Besteuerung von Sanierungsgewinnen
 - d) Steuerliche Behandlung von Umwandlungsfällen im Rahmen der Sanierung
 - e) Umsatzsteuer

H. Sanierungskonzept und Verprobung

- I. Aufbau eines Sanierungskonzepts in Anlehnung an IDW FAR 1/1991 sowie Hinweis auf IDW ES 6
 - 1. Beschreibung des Unternehmens
 - 2. Analyse des Unternehmens
 - 3. Lagebeurteilung
 - 4. Leitbild des zu sanierenden Autohauses
 - 5. Maßnahmen zur Sanierung des Unternehmens
 - 6. Planungsrechnung
- II. Integrierte Planungsrechnung zur Verprobung des Sanierungskonzepts
 - 1. Grundaufbau/Planungsprämissen
 - 2. Plan-BWA/Plan-GuV-Rechnung
 - 3. Liquiditäts- und Finanzplan/Plankapitalflussrechnung/Cashflow-Rechnung
 - 4. Planbilanz
 - 5. Dokumentation
 - 6. Berichtswesen zum Soll-Ist-Vergleich

Teil 2 – Das Autohaus in der Insolvenz

A. Das Insolvenzverfahren im Überblick

- I. Der typische Verfahrensablauf einer Regelinsolvenz
 1. Das Insolvenzantragsverfahren (auch „Eröffnungsverfahren“)
 2. Die Insolvenzabwicklung
 3. Verfahrensaufhebung und Restschuldbefreiung
 4. Übersicht zum Verfahrensablauf
- II. Pflichten des Unternehmers im Verfahren
 1. Auskunfts- und Mitwirkungspflichten des Unternehmers als Insolvenzschuldner
 2. Auskunfts- und Mitwirkungspflichten des Unternehmers als Geschäftsführer
 3. Auskunfts- und Mitwirkungspflichten des Unternehmers als Gesellschafter
 4. Auskunfts- und Mitwirkungspflichten von Angestellten
 5. Auskunfts- und Mitwirkungspflichten ehemaliger Geschäftsführer/Angestellter
- III. Gehalts- und Unterhaltsansprüche des Unternehmers gegen die Masse

B. Der Insolvenzantrag

- I. Gerichtliche Zuständigkeit
- II. Allgemeine Zulässigkeitsbestimmungen für einen Insolvenzantrag
- III. Eigenantrag bei Gesellschaften und juristischen Personen
- IV. Rücknahme des Insolvenzantrags
- V. Der Gläubigerantrag
 1. Antragsberechtigte Gläubiger
 2. Antragsvoraussetzungen für Gläubiger
 3. Antragsrücknahme oder Abweisung
- VI. Begründetheit des Insolvenzantrags
- VII. Pflicht zur Stellung eines Insolvenzantrags

C. Gläubigergruppen

- I. Insolvenzgläubiger und Massegläubiger
- II. Aus- und Absonderungsgläubiger

D. Das vorläufige Insolvenzverfahren

- I. Der vorläufige Insolvenzverwalter
 1. Der starke vorläufige Insolvenzverwalter
 2. Der schwache vorläufige Insolvenzverwalter
- II. Sonstige Sicherungsmaßnahmen im vorläufigen Verfahren
- III. Betriebsfortführung oder Einstellung im vorläufigen Verfahren
 1. Sicherungsmaßnahmen für die Betriebsfortführung
 2. Insolvenzrechtliche Erleichterungen einer Betriebsfortführung

E. Die Eröffnung des Hauptverfahrens

- I. Die Auswirkung der Verfahrenseröffnung auf Gesellschaften
- II. Die Entscheidungskompetenz der Gläubigerversammlung
- III. Insolvenzverwalter oder Eigenverwaltung
- IV. Die Insolvenzanfechtung
- V. Aufrechnungsbeschränkungen

F. Abwicklung des Unternehmens (Alternative I)

- I. Verwertung durch Einzelverkauf

- II. Gegenstände mit Aussonderungsrechten
- III. Verwertung von Gegenständen mit Absonderungsrechten
 - 1. Die Gegenstände der Besicherung
 - 2. Die Rechtsfolgen der Besicherung
 - 3. Die Konkurrenz von Sicherungsrechten
- IV. Verteilung der Insolvenzmasse

G. Fortführung des Unternehmens (Alternative II)

- I. Sanierungshilfen des Insolvenzrechts
 - 1. Insolvenzgeld und sonstige Verbindlichkeiten des Eröffnungsverfahrens
 - a) Insolvenzgeld
 - b) Sonstige notwendige Zahlungen
 - 2. Erleichterte Beendigung von (ungünstigen) Verträgen
 - a) Wahlrecht des Insolvenzverwalters
 - b) Teilbare Leistungen
 - c) Verkürzte Beendigung von Dauerschuldverhältnissen
 - 3. Beseitigung arbeitsrechtlicher Erschwernisse
 - 4. Prozessuale Erleichterungen
 - a) Prozesskostenhilfe für den Insolvenzverwalter auch in der GmbH-Insolvenz
 - b) Parteirollenwechsel des Unternehmers/Geschäftsführers
- II. Die übertragende Sanierung
 - 1. Begriff der übertragenden Sanierung
 - 2. Der Asset Deal im Insolvenzverfahren
 - 3. Insolvenzzrechtliche Begrenzung der Übernahmerisiken
 - 4. Haftung der Insolvenzmasse
 - 5. Arbeitsrechtliche Erleichterungen bei der Vorbereitung des Verkaufs
 - a) Kündigung nach Erwerberkonzept
 - b) Kein Wiedereinstellungsanspruch nach Betriebsübergang
- III. Das Insolvenzplanverfahren
 - 1. Grundvoraussetzungen für ein Insolvenzplanverfahren
 - 2. Einleitung eines Insolvenzplanverfahrens
 - 3. Der Ablauf eines Insolvenzplanverfahrens
 - a) Gerichtliche Vorprüfung
 - b) Einholung von Stellungnahmen
 - c) Bestimmung des Erörterungs- und Abstimmungstermins
 - d) Planbestätigung und Rechtsmittel
 - e) Aufhebung des Insolvenzverfahrens und Planüberwachung
 - 4. Insolvenzplanvarianten
 - a) Der Insolvenzplan mit Einmalzahlung
 - b) Verteilung der vorhandenen freien Masse und Rückgabe des Geschäftsbetriebes an den Unternehmer
 - c) Der Insolvenzplan für übertragende Sanierungen
 - d) Der Sanierungsplan (Befriedigung aus zukünftigen Erträgen)
 - 5. Wesentliche Inhalte eines Insolvenzplans
 - a) Die Gliederungsstruktur von Insolvenzplänen

- b) Notwendige Pflichtanlagen zum Plan
 - 6. Die Abstimmung über einen Insolvenzplan
 - a) Abstimmung innerhalb der Gruppe
 - b) Abstimmung der Gruppen
 - 7. Schlussrechnungslegung durch den Insolvenzverwalter?
 - 8. Friktionen zu europäischem Beihilferecht (Eigenkapital)
 - 9. Rechtswirkungen des Insolvenzplans
- IV. Das Autohaus in Eigenverwaltung
- 1. Die Vorteile von Eigenverwaltung
 - 2. Die Anordnung von Eigenverwaltung
 - 3. Die Aufhebung der Eigenverwaltung
 - 4. Die Stellung des Sachwalters

Teil 3 – Ausgewählte Bereiche der Autohausinsolvenz

A. Die Sicherstellung von Fahrzeugen

- I. Rechtmäßigkeit des Zugriffs auf Sicherheiten
 - 1. Zugriff nach Insolvenzantragstellung und bei vorläufiger Insolvenz
 - 2. Zugriff vor Insolvenzantragstellung
- II. Rechtsfolgen eines unrechtmäßigen Zugriffs

B. Die Auswirkung des Insolvenzverfahrens auf den Lastschriftverkehr

- I. Grundzüge des Lastschriftverfahrens
 - 1. Rechtliche Grundlagen
 - 2. Die Widerspruchsbefugnis des Kontoinhabers
- II. Rechtsfolgen eines Lastschriftenwiderspruchs
- III. Der Lastschriftenwiderspruch des (vorläufigen) Insolvenzverwalters

C. Der Fahrzeughandel

- I. Der Kaufvertrag im Insolvenzverfahren
 - 1. Der Neuvertrag nach Insolvenzeröffnung
 - 2. Der unerfüllte Altvertrag
 - 3. Gutgläubiger Eigentumserwerb eines übergebenen Fahrzeugs
- II. Der Gewährleistungsfall in der Insolvenz
 - 1. Gewährleistungsanspruch und Vertragserfüllung (§ 103 InsO)
 - 2. Gewährleistungsanspruch bei Kauf nach Insolvenzeröffnung
- III. Garantieansprüche des Kunden
- IV. Gerichtliche Beweissicherung und § 240 ZPO
- V. Vergütungsansprüche des Vertragshändlers gegen den Hersteller

D. Verrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte des Herstellers/Importeurs

- I. Aufrechnungs-/Verrechnungslagen
- II. Entstehung des Gegenseitigkeitsverhältnisses
- III. Konzernverrechnungsklauseln
- IV. Zurückbehaltungsrechte des Herstellers

E. Außerordentliche Kündigung des Händler- oder Werkstattvertrags

- I. Insolvenzantrag als wichtiger Grund zur Beendigung des Händlervertrags
- II. Insolvenzantrag als wichtiger Grund zur Beendigung des Werkstattvertrags

Teil 4 – Vertriebsrecht in der Automobilbranche

A. Die Entwicklung der Absatzsysteme in der Automobilwirtschaft

B. Vertragsformen im Automobilsektor

- I. Grundprinzipien der GVO Nr. 1400/2002
- II. Zivilrechtliche Einordnung der unterschiedlichen Vertragstypen
 1. Vertragshändlervertrag
 2. Werkstattvertrag
 3. Agenturvertrag
- III. Typische Klauseln in Vertragshändler- und -werkstattverträgen
 1. Vertragsstandards
 - a) Quantitative Selektion
 - b) Qualitative Selektion
 - c) Zivilrechtliche Einordnung der Selektionskriterien
 2. Vergütungsabsprachen in Vertragshändlerverträgen
 - a) Einvernehmliche Änderung der Vergütungsabsprachen
 - b) Einseitige Änderungsvorbehalte
 - c) Vergütungsregeln in Werkstattverträgen
 - aa) Gegenleistungsverhältnis in Werkstattverträgen
 - bb) Sonderfall: Vergütung für die Durchführung von Garantie- und Gewährleistungsarbeiten
 3. Kündigungsklauseln
 - a) Ordentliche Kündigung und Mindestlaufzeit
 - aa) Verträge mit fester Laufzeit
 - bb) Verträge mit unbestimmter Laufzeit
 - cc) Begründungspflicht
 - dd) Schriftform der Kündigung
 - b) Außerordentliche Kündigung mit einjähriger Frist
 - c) Außerordentliche fristlose Kündigung

C. Nachvertragliche Rechte und Pflichten

- I. Ausgleichsanspruch des Vertragshändlers gem. § 89b HGB analog
 1. Einbindung in Vertriebsstruktur
 - a) Vertraglich festgelegte Gebietsverantwortlichkeit des Händlers
 - b) Einflussnahme auf Vertriebsmodalitäten
 - c) Informationspflichten
 2. Überlassung des Kundenstamms
 3. Anspruchsvoraussetzungen des § 89b HGB
 - a) Vertragsbeendigung
 - b) Vorteile auf Herstellerseite
 - c) Verluste des Vertragshändlers
 - d) Billigkeit
 - e) Gesetzlicher Ausschluss des Ausgleichsanspruchs
 - f) Auswirkungen der Insolvenz des Vertragshändlers auf den Ausgleichsanspruch
 - g) Materielle Ausschlussfrist
 - h) Verjährung
 - i) Anspruchshöhe

j) Abrechnungsmodell

II. Lagerrücknahmepflicht des Herstellers

1. Bei vom Hersteller verschuldeter Beendigung des Vertragsverhältnisses
 - a) Auswirkungen der Kündigung
 - b) Rechtsfolgen gem. § 249 Abs. 1 Satz 1 BGB
 - c) Art und Weise der Wiederherstellung i.S.d. § 249 Abs. 1 Satz 1 BGB
2. Vom Vertragshändler verschuldete Vertragsbeendigung
3. Von keiner der Vertragsparteien zu vertretende Beendigung des Vertrags
4. Kündigung des Vertragshändlervertrags und Abschluss eines neuen Servicevertrags

III. EU-Vermittlung von Kraftfahrzeugen

1. Verhältnis Vertragshändler und EU-Vermittler
2. Vollmacht des EU-Vermittlers
3. Bestellformular
4. Zahlungsabwicklung
5. Abholung
6. Erwerb zum Zwecke der Weiterveräußerung
7. Verpflichtungserklärung
8. Auslieferungsverpflichtung

Anhang

Anhang zu Teil 1

- 1.1. Realisierung der Verluste aus Rücknahmeverpflichtungen
- 1.2. Ermittlung der Rücknahmeverpflichtungen

Anhang zu Teil 4

- 4.1. Gruppenfreistellungsverordnung für den Kfz-Sektor (GVO 1400/2002)
- 4.2. Häufig gestellte Fragen zur GVO 1400/2002
- 4.3. Pressemitteilung der EU-Kommission vom 13.03.2006 zu den BMW Händler- und Serviceverträgen (IP/06/302)
- 4.4. Pressemitteilung der EU-Kommission vom 13.03.2006 zu den GM/Opel Händler- und Serviceverträgen (IP/06/303)
- 4.5. Pressemitteilung der EU-Kommission vom 28.05.2008 zum Prüfbericht über die GVO 1400/2002 (IP/08/810)
- 4.6. Fragen und Antworten zum Beschwerdeverfahren gegen die Vertragsstandards von BMW und GM für Vertragshändler und -werkstätten vom 13.03.2006 (MEMO/06/120)
- 4.7. EU-Vermittlungsformulare